



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung

Behörde für Schule und Berufsbildung
Postfach 76 10 48, D - 22060 Hamburg

An alle Schulleitungen
der staatlichen und privaten
allgemeinbildenden Schulen

Amt für Bildung
Norbert Rosenboom
Senatsdirektor
Hamburger Str. 31, D-22083 Hamburg
Fernsprecher (040) 4 28 63-0
Durchwahl (040) 4 28 63-2393
Telefax (040) 4 28 63-4036

E-Mail: Norbert.Rosenboom@bsb.hamburg.de

Hamburg, 1 Oktober 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie auch schriftlich über die wesentlichen Änderungen im Hamburgischen Schulgesetz infolge des Volksentscheids, die Änderungen im Hamburgischen Besoldungsgesetz sowie einige Verfahrensfragen – u.a. zur Überplanung des Schulentwicklungsplans – informieren.

Wesentliche Änderungen im Hamburgischen Schulgesetz

Die Bürgerschaft hat am 15. September 2010 das 14. Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes beschlossen. Wesentlicher Inhalt ist die Umsetzung des Ergebnisses des Volksentscheids. Das geänderte Schulgesetz sieht vor, dass alle Schülerinnen und Schüler vier Jahre die Grundschule besuchen (§ 14 Absatz 1) und anschließend nach Wahl der Eltern (§ 42 Absatz 4) auf die Stadtteilschule oder das Gymnasium wechseln. Die Wahl der Eltern erfolgt aufgrund einer ausführlichen Beratung durch die Klassenlehrkraft und einer Einschätzung zur weiteren Schullaufbahn durch die Zeugniskonferenz (§ 42 Absatz 4). Nähere Einzelheiten zur konkreten Umsetzung werden zurzeit erarbeitet und sollen den Grundschulen noch im November 2010 vorgestellt werden.

Auf Wunsch der Eltern wird in der Jahrgangsstufe 3 der Lernentwicklungsbericht durch Noten ergänzt (§ 44 Absatz 2). Die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer sind gehalten, Eltern umgehend nach den Herbstferien über dieses individuelle Recht zu informieren und um eine schnellstmögliche Rückmeldung zu bitten, ob sie die ergänzenden Noten wünschen, damit dieses protokolliert und berücksichtigt werden kann. Eine Übersicht darüber, wie die Regelungen zur Leistungsrückmeldung in der Grundschule umzusetzen sind, finden Sie in der Anlage.

Wie bisher bilden die Jahrgangsstufen 5 und 6 des Gymnasiums die Beobachtungsstufe (§ 17 Absatz 1). Am Ende der Jahrgangsstufe 6 entscheidet ebenfalls wie bisher die Zeugniskonferenz anhand des Leistungsstands der Schülerin oder des Schülers über den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums (§ 42 Absatz 5). Zugleich wurden die Obergrenzen für die Klassenfrequenz in den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Stadtteilschulen auf 23 Schülerinnen und Schüler gesenkt, so dass von einer ausreichenden Aufnahmefähigkeit für Rückläufer aus den Gymnasien in der Jahrgangsstufe 7 ausgegangen werden kann (§ 87 Absatz 1).

Grundschulen können künftig wieder einer weiterführenden Schule, namentlich einer Stadtteilschule, angegliedert sein (§ 14 Absatz 1). Die Schulkonferenzen der beteiligten Schulen können entsprechende Anträge formulieren (§ 53 Absatz 2).

Mit der Änderung des Abstimmungsquorums in der Schulkonferenz der Grundschule – Beschlüsse werden grundsätzlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefasst – wurden die Mitwirkungsrechte der Eltern gestärkt (§ 53 Absatz 3). Auch die Mitwirkungsrechte der Grundschülerinnen und Grundschüler wurden gestärkt: Künftig sind die Schulen verpflichtet, altersangemessene Formen der Mitwirkung an der Gestaltung des Unterrichts, den Klassenkonferenzen und dem Schulleben zu eröffnen. Auch erhalten die Schülerinnen und Schüler mindestens einmal im Halbjahr Gelegenheit, ihre Anliegen in der Schulkonferenz vorzutragen (§ 64 Absatz 2).

Schließlich wurde die Weiterführung der sogenannten „Starterschulen“ gesetzlich abgesichert. Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2010/11 die Jahrgangsstufe 5 besuchen, können ihre Ausbildung bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 fortsetzen (Artikel 2 § 2 Absatz 8).

Der Text der Schulgesetzänderung steht Ihnen als Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg im Intranet zur Verfügung. Der Druck der Broschüre „Hamburgisches Schulgesetz“ wird zurzeit vorbereitet; sie soll nach den derzeitigen Planungen Ende Oktober an alle Schulen verteilt werden.

Schulorganisationsverordnung für das Schuljahr 2010/11

In der Sitzung am 23. September 2010 hat die Deputation die entsprechend den Änderungen im Schulgesetz überarbeitete Schulorganisationsverordnung für das Schuljahr 2010/11 beschlossen. Die Beschlusslage, bezogen auf die jeweilige Einzelschule, ist Ihnen am Freitag, dem 24. September 2010, schriftlich zugegangen. Mit diesem Deputationsbeschluss werden mit fünf Ausnahmen die ursprünglich geplanten Fusionen von Grundschulen nicht vollzogen.

Weiteres Verfahren zur Überarbeitung des Schulentwicklungsplans und der Vorbereitung einer Schulorganisationsverordnung für das Schuljahr 2011/12

Nach dem Ergebnis des Volksentscheids und der entsprechenden Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes ist der bestehende Schulentwicklungsplan insbesondere mit Blick auf die Aufnahmekapazitäten von Stadtteilschulen und Gymnasien für die Jahrgangsstufen 5 und 6 zu überarbeiten. Eine entsprechende Bestandsaufnahme wird seitens der Behörde zurzeit vorgenommen.

Parallel hierzu haben Schulen, die miteinander fusionieren möchten, die Möglichkeit, entsprechende Anträge durch ihre Schulkonferenzen zu beschließen. Diese Anträge müssen bis zum 29. November 2010 an die zuständige Schulaufsicht übermittelt werden. Grundschulen und Stadtteilschulen, die sich gemäß § 14 Hamburgisches Schulgesetz zusammenschließen wollen („Langform“), müssen ebenfalls bis zum 29. November 2010 die entsprechenden Beschlüsse ihrer Schulkonferenzen herbeiführen und die Anträge an die zuständige Schulaufsicht übermitteln.

Damit ist bei diesen Schulen die Frist zur Wahl der Schulkonferenz nicht vollständig ausgeschöpft (siehe Anlage Wahlkalender). Wir bitten dafür um Verständnis, denn sonst ist eine transparente Information der Eltern zur Anmelderunde für das Schuljahr 2011/12 nicht zu erreichen.

Nachwahl der schulischen Gremien an Standorten, die nicht fusionieren

An Standorten, die nicht – wie ursprünglich vorgesehen – eine Fusion eingehen, werden schulische Gremien nicht neu gewählt. Nachwahlen zu den bereits bestehenden Elternräten und Schulkonferenzen werden nur dann durchgeführt, wenn Mitglieder ausgeschieden sind.

Tage der offenen Tür

Da Schulen die Möglichkeit haben, bis zum 29. November 2010 Anträge auf Fusionen zu beschließen und dieses bei der Information von Eltern z.B. im Rahmen von Tagen der offenen Tür zu berücksichtigen ist, werden alle Schulen gebeten – wenn nach Schuljahresplanung noch irgend möglich – ihre Tage der offenen Tür erst nach dem 1. Dezember 2010 durchzuführen, um Fehlinformationen der Eltern zu vermeiden.

Lernmittel

Am 20. September 2010 ist Ihnen ein Schreiben zugegangen, in dem nochmals darauf hingewiesen wird, dass die Ressourcen für die Lernmittelausstattung der Schulen so berechnet sind, dass es nicht erlaubt ist, zusätzliche Beiträge oder Gebühren von den Eltern einzuziehen.

Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Eine Übersicht über die Schulleitungsstruktur und -besoldung gemäß dem geänderten Hamburgischen Besoldungsgesetz finden Sie ebenfalls in der Anlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte informieren Sie Ihre Kollegien und schulischen Gremien entsprechend. Bei Nachfragen stehen Ihnen die Kolleginnen und Kollegen der Schulaufsicht gerne zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen einige erholsame Tage in den anstehenden Herbstferien und verbleibe mit besten Grüßen

